zieht sich also — und insoweit gibt es im Hinblick auf die Wahrheitsproblematik im Strafprozeß eine Besonderheit gegenüber der philosophischen Auffassung der objektiven Wahrheit — auf „einfache“ Tatsachen. Sie hat es nicht, zumindest nicht in erster Linie und unmittelbar mit den großen gesetzmäßigen Zusammenhängen in Natur und Gesellschaft zu tun.

Die Aussagen der Organe der Strafrechtspflege zu diesen „einfachen“ Tatsachen müssen objektiv wahr sein. Das sind sie dann und nur dann, wenn sie ihrem Objekt, dem strafrechtlich relevanten Handeln, das außerhalb und unabhängig von strafprozessualen Erkenntnissen existiert hat, entsprechen, adäquat sind. Die Besonderheit der Wahrheitsproblematik im Strafverfahren hat also nichts mit einer Minderung der Qualität der festzustellenden Wahrheit zu tun. Im Gegenteil, ausgehend davon, daß sich die von den Organen der Strafrechtspflege festzustellende Wahrheit auf „einfache“ Tatsachen bezieht, ist sogar zu fordern, daß die Entscheidungen der Organe der Strafrechtspflege vor allem die des Gerichts, insoweit absolut wahr sein müssen. Erst das genügt den Anforderungen, die an das Urteil des sozialistischen Gerichts gestellt werden müssen. Das Oberste Gericht weist jedes Sichbegnügen mit Wahrscheinlichkeiten — und seien es noch so große Wahrscheinlichkeiten — als Grundlage der Urteilsfindung entschieden zurück.

4. Die Grundsätze der Beweisführung

„Zur Wahrheit“ — schrieb Marx — „gehört nicht nur das Resultat, sondern auch der Weg. Die Untersuchung der Wahrheit muß selbst wahr sein . . .“²¹ Diese Erkenntnis war Anlaß und zwang dazu, solche Grundsätze der Beweisführung herauszubilden, die den mit dem Rechtspflegeerlaß des Staatsrates²² an die Tätigkeit der Organe der Strafrechtspflege gestellten Anforderungen entsprachen. Es galt, im formal juristischen Sinne noch nach wirkende bürgerliche Rechtstraditionen, wie z. B. die Beschränkung des Umfangs der Ermittlungstätigkeit und der gerichtlichen Beweisaufnahme auf das „rechtlich Erhebliche“ zu überwinden, alte, aus dem Kapitalismus übernommene Formen und Praktiken wie den der konsequenten Durchsetzung der Präsumtion der Unschuld widersprechenden „Verdachtsfreispruch mangels Beweises“, Voreingenommenheit gegenüber dem Beschuldigten oder Angeklagten u. a. auszumerzen und jedweder Isolierung des „Juristischen“ vom „Gesellschaftlichen“ den Kampf anzusagen. Es war notwendig, Grundsätze der Beweisführung zu entwickeln, die dem Wesen des sozialistischen Strafrechts als echtem Schuldstrafrecht und seiner gesellschaftlich-gestaltenden, gesellschaftlich-verändernden Funktion entsprachen.

4.1. Wissenschaftlichkeit und Unvoreingenommenheit der Beweisführung

Entscheidende Bedeutung wird im Strafverfahren der DDR der Wissenschaftlichkeit und Unvoreingenommenheit der Beweisführung beigemessen. Dabei wird davon ausgegangen, daß echte Wissenschaftlichkeit und sozialistische Parteilichkeit sich auch im Rahmen der Beweisführung als

²¹ Marx, Bemerkungen über die neueste preußische Zensurinstruktion, in: Marx/Engels, Werke Bd. 1, S. 7

²² Erlaß des Staatsrates der DDR über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege vom 4. April 1963 (GBL I, S. 21) ¹¹¹